

Am 24. März 2012 mit großer mit großer Mehrheit
im Landesausschuß angenommen.



Arbeitskreis des Landesvorstandes Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik

Unterstützung der Initiative Deutsch-Russisches IHK Schiedsgericht bei der Handelskammer Hamburg

Antrag:

Der Arbeitskreis des Landesvorstandes „Außen-, Sicherheits-, Europa und Entwicklungspolitik“ bittet die Gremien der Partei, darauf einzuwirken, daß die Politik auf allen Ebenen die Gründung eines paritätisch besetzten Deutsch-Russischen Handelsschiedsgerichtes in Hamburg, ein Projekt des DIHK und der Handelskammer Hamburg, unterstützt. Dieser Beistand wird benötigt, um dieses Projekt zügig mit den russischen Partnern weiterzuentwickeln.

Zu den Unterstützungsmaßnahmen gehört maßgeblich die Werbung für das Projekt bei den russischen Partnern durch die deutschen Entscheidungsträger.

Begründung:

Herr Marcus Weinberg hat sich in seiner Funktion als Landeschef und Bundestagsabgeordneter dieser Initiative bereits angenommen und in Briefen an den Außenminister Herrn Dr. Westerwelle, der Justizministerin Frau Dr. Leutheusser-Schnarrenberger und Herrn Wirtschaftsminister Dr. Rössler um deren politische Unterstützung bei deren Amtskollegen in der Russischen Föderation gebeten.

Dieses Thema wurde ebenfalls bereits von der „WELT am Sonntag“ (Ausgabe 01.01.2012 / „Von Hamburg aus Streit schlichten“) aufgegriffen.

Dieses Projekt wird von den genannten Handelskammern in Zusammenarbeit mit der Handelskammer der Russischen Föderation entwickelt. Dieses einzurichtende paritätisch besetzte Schiedsgericht mit Sitz in Hamburg dient der Schlichtung von Streitigkeiten im Handel zwischen der Russischen Föderation und Deutschland.

Die politische Hilfe wird benötigt, weil die russische Seite viel Wert auf die Unterstützung durch ihren Staat legt. Hinzu kommt, dass man eine solche Institution klassischerweise durch ein bilaterales staatliches Abkommen einsetzt und die Handelskammern mit der Durchführung beauftragt.

Folgende Vorteile ergeben sich aus einem solchen Schiedsgericht:

1. Deutlich niedrigere Kosten gegenüber anderen Schiedsgerichten (London, Stockholm usw.).
2. Wegen der paritätischen Besetzung eine höhere Akzeptanz solcher Urteile im Vergleich zu anderen, welche nur von den Schiedsgerichten eines Landes (Russische Föderation oder Bundesrepublik Deutschland (z.B. durch die Handelskammer Hamburg) gefällt werden.
3. Stärkung der Bundesrepublik Deutschland als Schiedsgerichtsstandort gegenüber anderen Ländern
4. Stärkung der Hansestadt Hamburg als Wirtschafts- und Schlichtungsstandort.

Antragsteller:

Carl-Marcus TandECKI (Vorsitzender AK des Landesvorstandes ASEE)

Klaus Messerschmidt (Experte für Rußlandangelegenheiten AK des Landesvorstandes ASEE)